

Carsten Wieland

## Die aktuellen Konfliktlinien in Bosnien-Herzegowina

„Es war und ist noch immer zum großen Teil unmöglich, Bosnien entlang ethnischer Linien aufzuspalten, denn die Wirklichkeit Bosniens heißt nicht nur ein ethnisch gemischtes Land, sondern auch vermischte Städte, Nachbarschaften, Geschäfte, Ehen und Schlafzimmer.“<sup>1</sup>

Das Plädoyer des ehemaligen UNO-Botschafters und jetzigen Außenministers von Bosnien-Herzegowina, *Muhamed Sacirbey*, klingt fast beschwörend in einer Zeit, in der das vom Krieg gebeutelte Land in den Köpfen nationalistischer Protagonisten, aber auch von der internationalen Kontaktgruppe der Vereinten Nationen in verschiedenen Varianten gedanklich aufgeteilt wird.

Dabei sind auf allen Seiten, bewußt oder unbewußt, folgenschwere terminologische Vereinfachungen im Umlauf, die die politischen Fronten verzerren.

Die derzeitigen innenpolitischen Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina, so wird im folgenden zu zeigen sein, rechtfertigen nicht die begriffliche Deckung von „Muslimen“ und „Bosniern“ bzw. der bosnischen Regierung. Eine Loslösung von der „bequemen“ Dreierkonstellation der „Serben“, „Kroaten“ und „Muslime“ im heutigen Kriege ist notwendig, um der innenpolitischen Wirklichkeit Bosnien-Herzegowinas Rechnung zu tragen und den zukünftigen Status dieses Landes einzuschätzen, nämlich als dritten nationalistischen Protagonisten oder als übernationale Föderation.

### 1. Umriss der Vorgeschichte: Die kroatisch-serbische Zange

Die nationalen und politischen Spaltungslinien in Bosnien-Herzegowina treffen vor allem bei den bosnischen Muslimen aufeinander, die jeweils von kroatischen und serbischen Nationalisten als Mitglieder ihres „Nationalstaates“ beansprucht werden.

Nachdem der Berliner Kongreß 1878 Österreich-Ungarn das Gebiet Bosnien-Herzegowinas besetzen ließ, eskalierte der national-ideologische Kampf zwischen Kroaten und Serbentum um Bosnien.<sup>2</sup> Im Verlauf wurden die Muslime mal von den Serben als Nachfahren des alten serbischen Adels bezeichnet und Bosnien als „Kernlandschaft des serbischen Volkes“,<sup>3</sup> mal sprachen die Kroaten von der bosnisch-muslimischen

<sup>1</sup> *Muhamed Sacirbey*, What Hopes for Bosnian Multiculturalism?, in: Union of the Bosnian Social Democrats (Hrsg.), Newsletter, September/Oktober 1994.

<sup>2</sup> Dazu siehe ausführlich: *Srećko M. Džaja*, Bosnien-Herzegowina in der österreichisch-ungarischen Epoche, München 1994, S. 192 ff.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 194 und 238.

Oberschicht als „dem ältesten europäischen und dem reinsten kroatischen Adel“.<sup>4</sup> Doch die Muslime konnten und wollten sich nie richtig einordnen, auch wenn einige von ihnen sich besonders Ende des 19. Jahrhunderts von serbischen Nationalisten gegen die Habsburger Monarchie einspannen ließen.<sup>5</sup> Die erste politische Partei der bosnischen Muslime, die 1906 gegründete „Muslimische Volksorganisation“, war serbenfreundlich. Doch bereits ein Jahr später wurde der parteipolitische Spagat der muslimischen Interessenvertretung deutlich. Die 1907/08 entstandene „Muslimische Fortschrittspartei“ war nämlich kroatisch orientiert.<sup>6</sup>

Die muslimische Intelligenzija hingegen war stets Befürworter einer südslawischen Integration. Sie hatte sich schon in der österreichisch-ungarischen Epoche politisch vom Osmanischen Reich verabschiedet und ihre Eigenständigkeit innerhalb der südslawischen Völker betont.<sup>7</sup>

Unter den Muslimen fand auch Tito bereits als Partisan im Zweiten Weltkrieg besondere Unterstützung, weil er einen multinationalen Südslawismus propagierte. Ihre Anerkennung durch Tito als „Nation“ 1968 (in der jugoslawischen Verfassung seit 1971) sollte schließlich einen Keil zwischen die serbischen und kroatischen Ansprüche schieben.

Auch 1990 versuchten die Muslime, aber ebenso Kroaten und Serben in Bosnien-Herzegowina, bis zuletzt eine Konföderation Jugoslawien zu retten.<sup>8</sup>

Eine besondere „jugoslawische“ Bindung ist bei den Muslimen vor allen anderen Volksgruppen seit Tito zu beobachten gewesen. Bei der Volkszählung von 1953 erklärte sich die Mehrheit der Muslime zu „national unbestimmten Jugoslawen“; 1981 definierten sich 7,9 % von ihnen als „jugoslawisch“, auch 1991 waren es noch 5,2 %.<sup>9</sup>

Besonders in den städtischen Zentren des Landes hatte die jugoslawische Idee – nicht nur bei Muslimen – Halt gefunden. Doch die nationalistischen Staatsvorhaben waren Anfang der 90er Jahre nicht mehr aufzuhalten.

Schließlich tappten Bosnien-Herzegowina und die internationale Gemeinschaft ohne zukunftsweisendes Konzept in die „Mehrheitsfalle“.<sup>10</sup> Die Zeit der Plebiszite war angebrochen. Besonders die Europäische Union und die USA unterstützten die Volksabstimmungen, da sie sich durch eine Koppelung von Demokratie und Selbstbestimmungsrecht leicht rechtfertigen ließen.<sup>11</sup>

Als Bosnien-Herzegowina nach einem Plebiszit (das die meisten bosnischen Serben boykottierten) im April 1992 nach Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit erklärte, war ein Konflikt unausweichlich geworden. Zum ersten Mal in seiner Geschichte wurde das Land als souveräner Staat anerkannt. Das stellte einen provozierenden Affront gegenüber den nationalstaatlichen Konzepten Kroatiens und Serbiens dar.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 199.

<sup>5</sup> 1882 im Osterherzegowinischen Aufstand und während serbischer und muslimischer Autonomiebewegungen 1898 bis 1902, vgl. ebenda, S. 196 f.

<sup>6</sup> *H. Michael Miedlig*, Wer sind die Muslime in Bosnien-Herzegowina?, in: Südosteuropa Mitteilungen, Heft 4, 1994, S. 288.

<sup>7</sup> Vgl. *Džaja*, S. 213.

<sup>8</sup> Vgl. *Jens Reuter*, Jugoslawien, in: *Cord Jakobeil/Alparasan Yenai* (Hrsg.), Gesamt Europa, S. 295.

<sup>9</sup> *Miedlig*, in: Südosteuropa Mitteilungen, S. 290 f.

<sup>10</sup> *Andrei Ivanov*, Zweideutige Prioritäten: US-amerikanische Außenpolitik und der Krieg auf dem Balkan (bis Sommer 1993), in: Südosteuropa, Heft 3-4, 1994, S. 129.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 128.

## 2. Abspaltung des „Serbenführers“

Serbien hatte vor der bosnischen Unabhängigkeit einen radikalen Nationalstaatsanspruch formuliert, selbst Gebiete mit serbischer Minderheit annektieren zu wollen. An eine Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas war nicht zu denken. Der Führer der Serbischen Demokratischen Partei in Bosnien (SDS), *Radovan Karadžić*, wurde dabei zum Handlanger und Sprachrohr Belgrads.

Unter der Vorgabe, alle Serben zu repräsentieren, verlangte Karadžić extreme Selbstbestimmung für die Serben in Bosnien-Herzegowina, „was ein blinder Westen unterstützte“.<sup>12</sup>

Die SDS verließ, wie angedroht, im April 1992 die Dreiparteienkoalition mit der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HSZ) und der Partei der Demokratischen Aktion (SDA) unter dem Präsidenten *Alija Izetbegović*. Dieser politische Zug in Sarajevo hatte Auswirkungen auf die Schlachtfelder in ganz Bosnien-Herzegowina. Die ehemaligen Koalitionspartner wurden militärische Gegner. Der Krieg in Bosnien-Herzegowina eskalierte.

Dennoch: „Die Serben, die sich über alle Gesetze hinwegsetzten und ein eigenes ‚Parlament‘ bildeten, wurden in allen sogenannten Friedensverhandlungen als neben den Moslems und Kroaten gleichberechtigter Partner akzeptiert.“<sup>13</sup> Dies war ein Fehler mit harten Konsequenzen für das politische Bild Bosniens, das außerhalb des Landes gezeichnet und zum Interpretationsmaßstab der internationalen Gemeinschaft wurde.

## 3. Zwei folgenschwere Vereinfachungen

Viele Historiker der Zeitgeschichte und vor allem die Medien folgen der vereinfachten Darstellung, von „den Serben“ in Bosnien und der Herzegowina zu sprechen, die von Karadžić geführt würden.<sup>14</sup> Der Präsident der serbischen Gemeinschaft in Sarajevo, *Mirko Pejanović*, rechnete im November 1994 jedoch vor,<sup>15</sup> daß von 1,3 Mio. Serben Bosnien-Herzegowinas nur 600 000 Karadžić gefolgt seien. Der Rest lebe überwiegend friedlich mit Moslems und Kroaten zusammen, wie in Sarajevo. „Mehr als die Hälfte der bosnischen Serben nimmt an der Aggression nicht teil“, so Pejanović. Auf dem Territorium der bosnischen Regierung lebten vor allem in der Hauptstadt Sarajevo 1994 noch 60 000 Serben, 30 000 Kroaten und 10 000 Juden.<sup>16</sup>

Es sei Zynismus, so der neue Außenminister Bosnien-Herzegowinas, *Muhamed Sacirbey*,<sup>17</sup> daß diejenigen mit der stärksten Militärmacht, die reichlich bekannte Menschenrechtsverletzungen begangen hätten, von den westlichen Mächten das Recht zugesprochen bekommen hätten, alle Serben zu vertreten. Die Moderaten seien außen vorgeblieben. „Es sollte klar sein, daß Serben auch weiterhin ein willkommener Bestandteil der

<sup>12</sup> Ebenda, S. 130.

<sup>13</sup> Ebenda.

<sup>14</sup> Überall dort, wo von den bosnischen Serben die Rede ist, werden sie mit Karadžić gleichgesetzt und den Muslimen wie den Kroaten in Bosnien-Herzegowina gegenübergestellt. Das ist faktisch falsch. Dies geschieht unter anderem bei *Ivanov* (u. a. S. 140) und *Reuter*, in: *Jakobeit/Yenal*, S. 301.

<sup>15</sup> In einem Gespräch mit dem Autor am 9. November 1994 in Sarajevo.

<sup>16</sup> Nach Angaben von *Mirko Pejanović*, am 9. November 1994, im Gespräch mit dem Autor.

<sup>17</sup> *Sacirbey*, UBSD-Newsletter.

bosnischen Gesellschaft sind.“ Das zeige sich auch an den vielen Serben, „die friedlich in unserer Bevölkerung leben“<sup>18</sup> und denen in der bosnischen Regierung und im Militär. Zur Unterstützung seiner Argumentation verweist er im übrigen auf den bosnischen Botschafter in Paris, einen Serben. Auf eine weitere Vereinfachung muß an dieser Stelle hingewiesen werden, was allerdings die Lage noch komplizierter macht.

Ebenso unfundiert wie die erste Behauptung, Karadžić repräsentiere alle bosnischen Serben, ist es, „bosnisch“ und „muslimisch“ gleichzusetzen. Auch dies ist jedoch in den Medien und der Zeitgeschichte üblich.<sup>19</sup> Der Oppositionspolitiker *Tokić* aus dem Bund Bosnischer Sozialdemokraten (UBSD) ist entrüstet darüber, daß es „plötzlich selbstverständlich (wurde), daß Mate Boban (Vorsitzender der HDZ) im Namen aller Kroaten in Bosnien spricht, daß Karadžić als der unangefochtene Führer aller Serben gilt, Izetbegović der einzige zu sein scheint, der die Position der bosnischen Muslime repräsentieren kann“.<sup>20</sup> Mögen dabei auch parteitaktische Überlegungen der „übernationalen“ UBSD mitklingen, so ist folgendem Urteil Tokićs kaum zu widersprechen: „Mit ihrem Verhältnis zur bosnischen Gesellschaft läßt die internationale Gemeinschaft den nationalistischen Führern bei Kroaten und Serben oder Izetbegović als Führer des muslimischen Volkes unweit größere Legitimität zukommen, als diese objektiv in ihrer Gesellschaft haben.“<sup>21</sup>

Als Bosnier fühlen sich auch Serben und Kroaten, besonders in der bis heute relativ weltoffenen und multikulturellen Olympiastadt Sarajevo. Aufgrund dieser Tatsache wird auch die Schlußfolgerung absurd, ein bosnischer Staat bedeute zwangsläufig einen muslimischen Staat. Dieses Bild ist ein Erfolg serbischer Propaganda. Denn unter den Intellektuellen gibt es bei den bosnischen Muslimen sehr viele Atheisten.<sup>22</sup> Auch im muslimischen Volk ist von Fundamentalismus nichts zu spüren. Denn es hat unter Tito, ebenso wie das der Serben und Kroaten, einen Säkularisierungsprozeß durchgemacht.<sup>23</sup>

Um dies zu unterstreichen und um ihre Nationalität von der Religion zu entkoppeln, haben die bosnischen Muslime einen formellen Schritt getan, der die begriffliche Verwirrung perfekt macht. Die „allbosniakische Versammlung“ vom 28. September 1993 hat beschlossen, daß die Nation der Muslime künftig als Nation der „Bosniaken“ zu bezeichnen sei.<sup>24</sup> Damit lehnte sie sich an einen Begriff an, der ab dem 15. Jahrhundert für Bosnier muslimischen Glaubens verwendet wurde („Bošnjak“) im Gegensatz zu der damaligen Bezeichnung „Türken“, um speziell deren Glauben von Katholiken und Orthodoxen abzugrenzen.<sup>25</sup>

Ob die „allbosniakische Versammlung“ aus muslimischen Abgeordneten des bosnischen Parlaments und anderen muslimischen Honoratioren repräsentativ für die Bevölkerung ist, muß dahingestellt bleiben. Die Entscheidung läßt allerdings auch eine kon-

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> U. a. auch bei *Ivanov* (u. a. S. 140). Ein seltenes positives Beispiel fand sich nach langem Suchen: „... den Bosniaken (mehrheitlich Muslime) und Kroaten auf der einen Seite ...“ (Betonung hinzugefügt), bei: Jugoslawien in der Auflösung, in: *Helmut M. Müller* (Hrsg.), *Schlaglichter der Weltgeschichte*, Bonn 1992, S. 572.

<sup>20</sup> *Sejfun Tokić*, *Ethnische Ideologie und Eroberungskrieg*, in: *Nenad Stefanov/Michael Werz* (Hrsg.), *Bosnien und Europa*, Frankfurt/Main 1994, S. 175. Tokić führt hier ebenso an, daß auch die bosnischen Kroaten von der kroatischen Politik abwichen und sich für ein unteilbares Bosnien eingesetzt hätten.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 176.

<sup>22</sup> *Reuter*, in: *Jakobeit/Yenal*, S. 301.

<sup>23</sup> Vgl. *Christian Promitzer*, *Die Einebnung der Vielfalt*, in: *Stefanov/Werz*, S. 17.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 17, vgl. auch *Džaja*, S. 216–217.

<sup>25</sup> Vgl. *Miedlig*, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, S. 283 f.

träre Beurteilung der Säkularisierungsbestrebungen zu; nämlich die der Ausgrenzung derjenigen Kroaten und Serben, die sich auch als Bosnier fühlen. So könnte diese Entscheidung auch im (nicht repräsentativen) Wunsch eines muslimischen Staates unter bosnischem Namen gefallen sein. Für eine Bestätigung dieser Vermutung fehlen hier allerdings stichhaltige Belege. Wie auch die Motivation zu der nominalen Veränderung zustande kam, man müßte nun wiederum begrifflich trennen zwischen „Bosniern“ (Muslime, Serben, Kroaten, Juden, etc.) und „Bosniaken“ (muslimische Nationsangehörige). Der Einfachheit halber und weil sich die Selbstbenennung der muslimischen Repräsentanten sprachlich noch nicht durchgesetzt hat, wird im folgenden an der Bezeichnung „Muslime“ festgehalten.

#### 4. Ein Nationalstaat der Muslime?

Die Frage nach der Akzeptanz eines muslimischen Nationalstaates unter den Muslimen selbst stellt sich besonders kritisch in der Hauptstadt Sarajevo. Dort ist im Laufe des Krieges der Anteil der Muslime auf 70 % gestiegen. Das restliche Drittel der Einwohner sind Kroaten, Serben und andere. Noch immer werden knapp ein Fünftel der Ehen gemischt geschlossen.<sup>26</sup> In einem Umkreis von hundert Metern finden sich in der Altstadt Moscheen, eine Synagoge, eine katholische und eine orthodoxe Kirche. Viele Einwohner bekunden heute noch ihren Stolz über diese kulturelle Vielfalt.<sup>27</sup>

Wie die neuere und ältere Geschichte des Balkans zeigt, ist die Idee eines multi-ethnischen Zusammenlebens in dieser Region eine recht junge Erscheinung. Deutlich haben jedoch die Muslime in Bosnien-Herzegowina, wie oben angedeutet, diese Variante, die sich mit Titos Staatsidee durchsetzte, immer mitgetragen und sind bis zuletzt für den Erhalt der Föderation eingetreten.<sup>28</sup>

Charakteristisch für Bosnien-Herzegowina ist, daß es „die alltägliche Überwindung der ethnischen Zuordnung von Menschen bürgerlicher, proletarischer, subproletarischer, vor allem aber städtischer Herkunft (gab), denen die Unterordnung unter irgendeine der drei national-religiösen Gruppen völlig zuwider war und ist“.<sup>29</sup> Die titosche Idee einer Gesellschaft, in der Ethnien und Religionen Privatsache sein sollten, hat sich besonders in der sozialdemokratisch regierten Arbeiterstadt Tuzla und im eingekesselten Sarajevo hartnäckig gehalten. Deshalb ist es kein Zufall, daß sich gerade in Sarajevo vor dem bosnischen Krieg Oppositionsgruppen auch aus Belgrad und Zagreb zu einer (freilich wenig beachteten und wenig erfolgreichen) Friedensbewegung zusammenschlossen.<sup>30</sup>

Auch heute hat sich in der Enklave eine besonders tolerante Atmosphäre gehalten. So hat der Intellektuellenzirkel „Kreis 99“ nach eigenen Angaben<sup>31</sup> allein bis November 1994 über 150000 Unterschriften für eine Deklaration sammeln können, die ein einiges und freies Sarajevo fordert – das sind bereits die Hälfte aller Einwohner. Wer also leicht-

<sup>26</sup> Nach Angaben von *Mirko Pejanović* am 9. November 1994 im Gespräch mit dem Autor.

<sup>27</sup> Nach einhelliger Meinung von unabhängigen Journalisten, Politikern verschiedener Parteien und Bürgern von Sarajevo im November 1994 in Gesprächen mit dem Autor.

<sup>28</sup> Vgl. auch Vermittlungsbemühungen Bosnien-Herzegowinas 1991; siehe u. a.: *Carsten Giersch/Daniel Eisermann*, Die westliche Politik und der Kroatien-Krieg 1991–1992, in: Südosteuropa, Heft 3–4, 1994, S. 99.

<sup>29</sup> *Harry Bauer/Thomas Kimmig*, Frieden um jeden Preis?, in: *Stefanow/Werz*, S. 46.

<sup>30</sup> Vgl. *Nebojsa Popov*, Kriegerischer Frieden, in: *Stefanow/Werz*, S. 107.

<sup>31</sup> So der zweite Chefredakteur des freien Radiosenders „Studio 99“, *Zoran Ilić*, in einem Gespräch mit dem Autor am 10. November 1994 in Sarajevo.

fertig von „den Muslimen“ als Bosnier spricht, unterschlägt zehntausende Andersgläubige allein in Sarajevo.<sup>32</sup>

So ganz neu ist diese Vereinfachung allerdings nicht. Schon seit dem 17. Jahrhundert bestand die Tendenz, mit „Bosnier“ nur den bosnischen Muslim zu begreifen. Im 19. Jahrhundert hatte sich dies allgemein verbreitet.<sup>33</sup> Diese Titulierung widerspricht jedoch der politischen Realität der heutigen bosnischen Kriegspartei.

Dennoch sind politische Forderungen nach einem reinen muslimischen Staat zu hören gewesen, ermutigt von der Fehleinschätzung der internationalen Gemeinschaft und der serbischen und kroatischen Kampagne gegen Bosnier muslimischen Ursprungs.

Solche Äußerungen stammen von Präsident Izetbegović persönlich. In dem Bulletin der sozialdemokratischen Oppositionsbewegung wird er mit den Worten zitiert: „Eine Koexistenz“ in Bosnien sei eine „Lüge“ und die bosnische Armee „kämpft nicht für einen einheitlichen und multiethnischen Staat“.<sup>34</sup> Das war im Februar und März 1994.

Angesichts dieser Parolen erscheint die (allerdings zwei Jahre ältere Erklärung) des U.S. State Departments zynisch: „Die Vereinigten Staaten zollen der bosnischen Regierung hohen Respekt dafür, daß sie (...) einen friedlichen Übergang zur Unabhängigkeit wählte und konstruktiv auf alle legitimen Sorgen aller nationaler Gruppen in Bosnien-Herzegowina antwortet.“<sup>35</sup> Izetbegovićs unvorsichtige Äußerungen unterstützen vielmehr die bisher unbedeutenden islamischen Fundamentalisten. Doch sie finden bisher keine Mehrheit.

Auf serbischer Seite verweist man derzeit gerne auf die „Islamische Deklaration“ von Izetbegović, die er bereits 1970 verfaßte und unter Tito angeblich illegal gedruckt und unter den Muslimen verteilt haben soll. Darin spricht der heutige Staatschef von der Aufgabe seiner Generation, eine „genuine independence of Moslem nations“ von Marokko bis Indonesien zu erkämpfen.<sup>36</sup> Skeptiker eines solchen panislamischen Gürtels bezeichnet er als „Schwächlinge“.<sup>37</sup> Für eine islamische Gemeinschaft sei „Islam (...) its ideology and pan-Islamism its politics“.<sup>38</sup> In dieser Schrift bekennt sich Izetbegović allerdings auch zu Demokratie und Religionsfreiheit – aber unter den Bedingungen des Islam.

Solche Äußerungen werfen ihm seine Gegner gerne vor. Mittlerweile hält sich Izetbegović damit aber eher zurück. Auch das Kultusministerium hatte scharfe Proteste, besonders von den freien Medien in Sarajevo, hinnehmen müssen, als es ein Verbot gemischter Ehen und getrennten Schulunterricht forderte.<sup>39</sup> Allerdings sind es weniger öffentliche Proteste als politische Taktik, die Izetbegović versöhnlicher wirken lassen. Er hat inzwischen eine bosnisch-kroatische Föderation auf Vermittlung Washingtons geschlossen, eine tagespolitische Allianz also mit dem ehemaligen Regierungspartner HDZ, der Anfang 1993 die Koalition in Sarajevo nach der SDS verlassen hatte und eine Zeitlang ebenfalls zum militärischen Gegner der bosnischen Regierungstruppen geworden war.

<sup>32</sup> Das macht die Selbstbenennung der „allobosniakischen Versammlung“ so prekär.

<sup>33</sup> *Miedlig*, in: Südosteuropa Mitteilungen, S. 284.

<sup>34</sup> Zitiert nach: *Sejfidin Tokić*, What Hopes for Bosnian Multiculturalism?, in: UBSD-Newsletter.

<sup>35</sup> Presseerklärung vom 7. April 1992, zitiert nach: *Ivanov*, in: Südosteuropa, S. 135/136. Abschwächend muß eingeräumt werden, daß zu dieser Zeit die Regierung noch aus der Koalition der SDA, SDS und HDZ bestand und Izetbegovićs Ziele eventuell noch nicht so offenkundig waren. Quellenbeispiele fehlen an dieser Stelle.

<sup>36</sup> *Alija Izetbegović*, The Islamic Declaration, o. O. 1970, S. 11 und S. 3 bzw. S. 49.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 49.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>39</sup> *Zoran Ilić* von „Studio 99“, im Gespräch mit dem Autor am 10. November 1994 in Sarajevo.

Seither beobachtet die bosnische Opposition Risse in der SDA. Auf der einen Seite Izetbegović und die (versteckte) Vision eines muslimischen Staates, und auf der anderen Seite die liberalere Linie unter Premierminister *Silajdić*, der eher für ein bürgerlich-demokratisches Bosnien-Herzegowina stehen soll.

Alle anderen Parteien im Parlament treten mehr oder minder deutlich für das Fortdauern eines multinationalen Bosnien-Herzegowinas ein. Der nationalistische Flügel der SDA unter Izetbegović stellt im bosnischen Parteienspektrum also eine Minderheit dar.

Die größte Oppositionsgruppe ist mit 10% der Sitze die UBSD. Sie wird geführt von *Selim Bešlić*, dem Bürgermeister von Tuzla, und dem Fraktionsvorsitzenden der UBSD im bosnischen Parlament, *Sejfidin Tokić*. Ihre Wähler kommen meist aus städtischen Industriegebieten, vor allem in Tuzla und Sarajevo. Zum größten Teil besteht das Bündnis aus Mitgliedern der ehemaligen Reformistischen Partei, die vom letzten jugoslawischen Premierminister *Ante Marković* gegründet worden war. Die UBSD steht nach eigenen Angaben für ein multinationales Bosnien, für die Marktwirtschaft und eine Zivilgesellschaft. Ihr Einfluß auf die Politik der Regierung ist aber eher gering einzuschätzen. Izetbegović hat wenig Spielraum, braucht aber die Parteienverhältnisse im Parlament nicht zu fürchten. Akzente kann die UBSD zwar auf lokaler Ebene wie in Tuzla setzen, aber sonst wirkt die gesamte Opposition zersplittert und eingeschüchtert.

Auf den „serbischen“ und „kroatischen“ Sitzen in der Präsidentschaft sind neben der Bosnischen Bauernpartei zwei weitere Parteien zu finden: Die Bürgerlich-Demokratische Partei unter *Mirko Pejanović* und die noch recht neue Republikanische Partei unter *Ivo Komšić*.

Die sozialdemokratische Opposition UBSD wirft Izetbegović vor, eben diese Vertreter in der zusammengesetzten Präsidentschaft nur als Staffage („window-dressing“) zu benutzen zum äußeren Schein eines ethnischen Ausgleichs und eines pluralistischen Teams. In Wahrheit aber habe er und die SDA die Zügel in der Hand und dominiere die staatlichen Strukturen. „Seit über einem Jahr hat der Präsident durch verfassungsgemäße und nicht-verfassungsgemäße Mittel die Legislative übernommen und praktisch alle anderen Funktionen des Parlaments.“<sup>40</sup> Das hat Auswirkungen auf den Charakter eines zukünftigen Staates Bosnien-Herzegowina und auf die Frage, ob das Land eine bürgerlich-demokratische und multinationale Föderation bleibt oder ein muslimischer Staat wird, mit dem Anspruch, ein Nationalstaat zu sein.

Izetbegovićs Vision hat keine historischen Vorläufer,<sup>41</sup> sondern überträgt das Nationalstaatsprinzip auf die Muslime, die bisher immer zwischen den serbischen und den kroatischen Bestrebungen eingekeilt waren. Dies könnte allerdings als folgerichtiger Schritt gedeutet werden, nimmt man die Nationsbildung Titos zum Maßstab. Er war es ja, der die Muslime 1968 zur „Nation“ aufwertete und 1971 als solche festschrieb. In der Tradition der Nationalisierung der Ethnien auf dem Balkan würde dieser Schritt formell nur das nachvollziehen, worauf die Kroaten und Serben bereits lange einen Anspruch erheben, nämlich auf einen Nationalstaat. Doch dies würde die Muslime zum

<sup>40</sup> *Senad Pecanin*, The Bosnian Parliament's Oppositional Window-Dressing, in: UBSD-Newsletter.

<sup>41</sup> Vgl. *Miedlig*, in: Südosteuropa Mitteilungen, S. 292–293: „Der (...) Anspruch der ‚Nation‘, sich einem von ihr geprägten Staatsverband zuzuordnen und ‚Übereinstimmung politisch-staatsverbändlicher und ethnischer Zugehörigkeit‘ anzustreben, konnte bis in die jüngste Zeit nicht eingelöst werden.“

dritten nationalistischen Protagonisten machen. Die extreme Streusiedlung der muslimischen Einwohner macht dieses Vorhaben zum Sprengstoff.

Die Sozialdemokraten in Bosnien-Herzegowina werden auch nicht müde, vor dieser Variante zu warnen, schlagen dabei aber moderate Töne gegenüber den Muslimen an. „Der Krieg war kein Angriff auf ein Land, sondern auf eine bestimmte Bevölkerung. Es ist eine Bevölkerung, die politisch werden und nicht nur eine ethnische Gruppe bleiben wollte.“<sup>42</sup> Die Vorstellungen Izetbegovićs haben dem einen politisch-nationalistischen Anstrich gegeben. Zusammen mit der verzweifelten Suche nach militärischer Unterstützung könnte das die bosnischen Muslime für einen islamischen nationalistischen Fundamentalismus anfällig machen. Das sieht auch *Tokić*: „Eingezwängt zwischen den größeren Staatsvorhaben Serbien und Kroatien, die Untätigkeit und Unfähigkeit der internationalen Institutionen erleidend, durchleben die bosnischen Muslime ihre schlimmsten Zeiten, indem sie sich auf jeden stützen, der ihnen hilft, einschließlich radikaler islamischer Kreise.“ Allerdings, so warnt der Sozialdemokrat vor den Folgen, fände sich „die muslimische Gemeinschaft slawischen Ursprungs (dann) von der europäischen Zivilisation ausgeschlossen und gewaltsam in radikale islamische Hände getrieben.“<sup>43</sup>

*Tokić* sieht die Politik der Regierung mit Skepsis, auch was den Pluralismus der Regierungsämter anbelangt. In der Zeit, als die gedankliche Aufspaltung Bosniens in Serben, Kroaten und Moslems von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen vorgenommen worden sei, so *Tokić*, sei das diplomatische Corps Bosniens entstanden. Daher bestehe es vorwiegend aus „muslimischem Personal, das zumeist die Idee eines muslimischen Nationalstaates unterstützt.“<sup>44</sup>

Der Charakter eines zukünftigen Bosnien-Herzegowinas ist also noch nicht entschieden. Allerdings könnten die beschriebenen Vereinfachungen der internationalen Politik und der westlichen Medien in einer quasi „Self-fulfilling Prophecy“ unerwünschte Tatsachen vorwegnehmen und Fronten verhärten.

Noch sieht das wirkliche Bild in Bosnien-Herzegowina viel differenzierter aus. *Tokić* ist sogar der Auffassung, eine demokratische Wahl in Bosnien-Herzegowina würde sich im Ergebnis fundamental von der 1990 unterscheiden, die „im Zeichen vieler politischer Slogans“<sup>45</sup> gestanden habe. Die nationalistischen Parteien hätten sich bei den Wählern heute „in jeder Hinsicht kompromittiert“ und würden eine „katastrophale Niederlage“ erleiden.<sup>46</sup>

Sicher ist jedenfalls, daß in Bosnien und der Herzegowina die Konfliktlinien nicht ethnisch-religiöser, sondern eher politisch-nationalistischer Natur (geworden) sind. Diese besonders prekäre Situation in dem jungen und besetzten Staat verwirrt die außenpolitischen Akteure des Westens und trägt maßgeblich zu Fehleinschätzungen bei. Doch auch in Bosnien-Herzegowina selbst können begriffliche und nationalistische Verirrungen leicht von nationalistischen Protagonisten ausgebeutet und zu neuen Frontlinien und großem Sprengstoff führen.

Anstatt ständig neue Wege zu suchen, diesen Staat nach nationalen Gesichtspunkten aufzuteilen, wie es auch die vorliegenden Friedenspläne der Kontaktgruppe tun, sollten neue Wege gefunden werden, ihn als Föderation zu erhalten. Denn durch die ethnische Streusiedlung und durch die begrifflich und faktisch nicht mehr auseinanderzuhalten-

<sup>42</sup> *Tokić* im Gespräch mit dem Autor am 10. November 1994 in Sarajevo.

<sup>43</sup> *Tokić*, What Hopes . . . , in: UBSD-Newsletter.

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> *Tokić*, in *Stefanow/Werz*, S. 175.

<sup>46</sup> Ebenda.

den Nationalitäten<sup>47</sup> liegen die Alternativen buchstäblich in einer Vielvölker-Föderation oder getrennten Schlafzimmern, wie es Sacirbey nannte. Letztere Variante wäre nur durch weitere „ethnische Säuberungen“ zu erreichen.

Sollte Tokićs Einschätzung richtig sein, so wäre in dem Staat (und nicht nur in Tuzla und Sarajevo) ein politisches Potential in der Bevölkerung für eine Föderation vorhanden. Das würde die These des kroatischen Staatspräsidenten und Nationalisten *Franjo Tuđman* „Wenn wir ein einheitliches Bosnien-Herzegowina gewollt hätten, dann hätten wir ebensogut das einheitliche Jugoslawien erhalten können“<sup>48</sup> verkehren in eine Einstellung, die besonders in Bosnien-Herzegowina offensichtlich damals wie heute Zustimmung findet: „Wer für den Zusammenhalt Jugoslawiens eingetreten ist, sollte sich nun auch für den Erhalt Bosnien-Herzegowinas einsetzen“.<sup>49</sup>

## 5. Resümee und Ausblick

Der heutige Krieg auf dem Balkan gibt Zeugnis davon ab, wohin eine jahrhundertelange Ethnisierung der Gesellschaft in letzter Konsequenz führt. Akteure dieses Prozesses waren damals wie heute nicht das einfache Volk, sondern die Intelligenz, die Kulturträger (v.a. Schriftsteller, „Historiker“ und Kirchen)<sup>50</sup> und Politiker.

Sie haben dafür gesorgt, daß die Geschichte auf dem Balkan, geprägt von Durchwanderungen und Unterwerfungen einzelner Völker, nie in Form einer Chronologie aufeinander aufbaute. Sie trugen Verantwortung dafür, daß ein *historisches Spiegelkabinett* entstand, das, egal wohin der Südslawe blickte und egal in welche Richtung er ging, ihm die Allgegenwärtigkeit eines bestimmten Schlüsselereignisses unentrinnbar vor Augen hielt (wie z.B. die Schlacht auf dem Amsfeld 1389 für serbische Nationalisten). Die Tagesordnung für diesen Teufelskreis setzten die nationalistischen Protagonisten. Der amerikanische Journalist *Kaplan* sieht die Geschichte auf dem Balkan auch nicht als chronologisch an: „Stattdessen springt sie umher und bewegt sich im Kreis, und wo Geschichte auf diese Weise wahrgenommen wird, fassen Mythen Wurzeln.“<sup>51</sup>

Ein konsequentes Weiterdenken des Nationsprinzips führt auf dem Balkan in eine Sackgasse endloser Zersplitterungen und letzten Endes auch in einen Konflikt mit dem derzeit gültigen Völkerrecht: „Es ist schier unmöglich, daß jede ethnische Gruppe ihren eigenen Staat gründet und ihre Flagge bei der UNO hißt (...) In dem Fall würde der

<sup>47</sup> Vgl. *Holm Sundhaussen*, *Experiment Jugoslawien*, Mannheim, 1993, S.12: „Slowenen und Kroaten gehören derselben (römisch-katholischen) Konfession an, unterscheiden sich jedoch durch ihre Schriftsprachen. Kroaten und Serben bedienen sich derselben (kroatoserbischen oder serbo-kroatischen) Schriftsprachen, gehören jedoch unterschiedlichen Konfessionen an. Die bosnischen Muslime unterscheiden sich von ihren Mitbewohnern (Serben und Kroaten) allein durch die Konfession, während sie sich von anderen Muslimen in Jugoslawien (z.B. von den Albanern) durch Sprache und Herkunft unterscheiden.“

<sup>48</sup> Zitiert nach: *Promitzer*, in: *Stefanov/Werz*, S.15.

<sup>49</sup> Ebenda, S.30.

<sup>50</sup> Auch beim ersten Treffen zwischen dem ehemaligen US-Präsidenten *Jimmy Carter* und *Radovan Karadžić* am 19. Dezember 1994 in Pale war die gesamte „serbische Führungsspitze“ anwesend, bestehend u.a. aus dem „Vizepräsidenten“ und Shakespeare-Experten *Nikola Koljević* und dem serbisch-orthodoxen Bischof *Nikola*. *Karadžić* selbst leitet seine Abstammung von dem panserbischen Schriftsteller und Sprachreformer *Vuk Stefanović Karadžić* her; siehe: „Carter hält am Aufteilungsplan fest“, *Berliner Tagesspiegel*, 20.12.1994, S.5. Siehe dazu auch die umfassenden Darstellungen zur Rolle der Intelligentsija bei *Džaja*.

<sup>51</sup> *Robert Kaplan*, *Die Geister des Balkan*, Hamburg 1993, S.88.

Prozeß ethnischer Separation und das Kollabieren existierender Staaten nie aufhören (...) Mehr noch: Neue ethnische Gruppen könnten dann schnell durch Fraktionen entstehen, die gegenwärtig noch kaum sichtbar sind. Kleinste geographische, religiöse, kulturelle oder sonstige Unterscheidungen werden neue separatistische Bewegungen entfachen, von denen jede ihre eigenen Symbole und Staatlichkeit suchen wird.“<sup>52</sup>

Die internationale Gemeinschaft hält dagegen bisher an den ethnischen Prinzipien fest und hat damit den jeweiligen Nationalisten Auftrieb gegeben.

Öl ins Feuer der Nationalisten auf allen Seiten goß kürzlich der norwegische UNO-Vermittler *Thorvald Stoltenberg*. Seine Behauptung am 31. Mai 1995, alle Kroaten und Bosnier seien eigentlich Serben, führt die Mittlerrolle der Vereinten Nationen ad absurdum und legitimiert serbische Großmachtpläne. Sie zeugt von fehlendem Einfühlungsvermögen, frapierendem Leichtsinn, Konzeptlosigkeit und – bestenfalls – historischer Unkenntnis. *Stoltenberg* wörtlich: „Ethnischer Krieg? Ich glaube nicht, daß man das sagen kann. Sie sind ja alle zusammen Serben. Die Serben nennen sich auch so, und dazu gibt es nichts zu sagen. Dann sind da die Muslime. Sie sind ja Serben, die zum Islam übergetreten sind. Und ziemlich viele von denen, die so angezogen sind wie Kroaten und sich als solche präsentieren, das sind ja auch Serben.“<sup>53</sup> *Stoltenberg* gab zu, daß er sich auf „keine Forschung“<sup>54</sup> berufe, sondern dies seine eigene Meinung sei. Der kroatische Rundfunk nannte dies eine „pure Verleumdung der Kroaten und Moslems“,<sup>55</sup> und die in Sarajevo erscheinende Tageszeitung *Oslobodjenje* sprach von skandalösen Aussagen.

Auch der Teilungsplan der UNO-Vermittler *Vance* und *Owen* baut auf der Ideologie serbischer und kroatischer Nationalisten auf. Denn er sieht eine Aufteilung Bosniens und der Herzegowina vor, um einen Teil Serbien und einen anderen Kroatien in einer Konföderation anzugliedern.

Die Muslime, die bisher immer dieser Gefahr ausgesetzt gewesen waren, würden dann durch äußeren Zwang zwischen den Nationalisten Serbiens und Kroatiens zerrieben und gegeneinander ausgespielt. Ihr Status einer Nation, der von Tito als Keil zwischen die Vorhaben Serbiens und Kroatiens geschoben wurde, hätte keine Bedeutung mehr. Der jeweilige serbische und kroatische Anspruch auf die muslimische Bevölkerung fände damit jedoch keinesfalls ein Ende, und der Konflikt würde weiterschwellen, mit den Muslimen geographisch an den jeweiligen Frontlinien.

Konsequent weitergeführt, hätte das ethnische Prinzip weitere unabschätzbare Folgen: „Wenn die irrationalen ethnischen Teilungsprinzipien weiterhin Verhandlungsgrundlage sind, wird sich die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo darauf berufen;“<sup>56</sup> die albanische Minderheit in Makedonien; die muslimische Bevölkerung im Sandzak können, wie die Serben in Kroatien, einen eigenen, durch diese ethnische Logik begründeten Staat fordern.“<sup>57</sup> Die Vereinten Nationen beschwören mit dieser Politik bewußt die Ge-

<sup>52</sup> *Amitai Etzioni*, *The Evils of Self-Determination*, in: *Foreign Policy*, Winter 1992/93, S.27; zitiert nach: *Ivanov*, in: *Südosteuropa*, S.129.

<sup>53</sup> Zitiert nach: „UN-Vermittler: Kroaten und Bosnier sind Serben“, in: *Der Tagesspiegel*, 28.06.1995. Das Zitat wurde durch Tonbandaufnahmen des norwegischen Fernsehens bestätigt, nachdem *Stoltenbergs* Äußerung in skandinavischen Zeitungen veröffentlicht worden war und für Empörung gesorgt hatte.

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> Ebenda.

<sup>56</sup> Das ist ein Grund, warum Serbien in jüngster Zeit eine aggressive Bevölkerungspolitik im Kosovo betreibt und dort massiv serbische Flüchtlinge ansiedelt.

<sup>57</sup> *Tokić*, in: *Stefanov/Werz*, S.181 und *Tokić*, *The way to peace in B & H*, in: *UBSD-Newsletter*; vgl. auch: *György Konrad*, *An Europas Horizont kichert der Wahnsinn*, in: *Yenal/Jakobeit*, S.610.

fahr einer Ausweitung des Krieges herauf, ist der bosnische Sozialdemokrat Tokić überzeugt.<sup>58</sup>

Ethnische Probleme mit ethnischen Prinzipien lösen zu wollen führt im besten Falle in eine Sackgasse, sonst in eine Eskalation. Die einzige Alternative zum Nationalstaat, nämlich der Föderalismus, ist aus dem Blickfeld geraten und scheint durch das gescheiterte Experiment Titos diskreditiert. Doch keine andere als die föderalistische Lösung ist dort denkbar, wo sich hartnäckig, kaum wahrgenommen, in politischen Kreisen und in der Bevölkerung, die Idee eines „Jugoslawien“ gehalten hat – in Bosnien-Herzegowina und dort vor allem in Sarajevo.

Dieser Staat, der quasi durch einen „Unfall“ in eine strauchelnde Existenz geworfen wurde, hat durch seine extrem heterogene Zusammensetzung alle Probleme des ehemaligen Jugoslawien auf kleinem Raum vereinigt. Für ihn kann eine Zukunft daher in der Tat nur in den zwei Alternativen liegen: Vielvölker-Föderation oder getrennte Schlafzimmer.

<sup>58</sup> Vorschläge im Owen-Stoltenberg-Friedensplan zeigen, wie das ethnische Prinzip ad absurdum geführt werden kann. So spricht Tokić davon, daß der Plan eine dreistöckige Autobahnüberführung über den dünnen serbischen Korridor im Norden Bosniens vorsehe. Auf der ersten Ebene sollten die Serben fahren, auf der zweiten die Muslime und auf der dritten die Kroaten; siehe: Tokić, in: Stefanow/Werz, S. 180.

Robert Elsie

## Kushtetuta! Kushtetuta! Vier Jahre Demokratie in Albanien

In ihrem Buch *High Albania* (1909),<sup>1</sup> wohl eine der schönsten Reiseschilderungen des kleinen Balkanstaates, die je veröffentlicht wurden, beschreibt die wagemutige Engländerin Edith Durham auf ihrer Reise durch Puka im wilden Norden des Landes ihre Eindrücke von der Ausrufung der Verfassung der Jungtürken im Jahre 1908:

„Puka is a very large tribe of seven bajraks – Puka, Komani, Dushaj, Cheriti, Chiri, Berisha and Merturi-Gurit, and Kabashi. It is partly Moslem and partly Christian. Puka is the gathering-place for all. Three days before, they had celebrated ‚Constitution‘, and enjoyed themselves immensely, said the hanjee. Now they would like to know what Constitution was.“<sup>2</sup>

Am 6. November 1994 stimmten die Albaner über eine neue Verfassung (*Kushtetuta*) ab.<sup>3</sup> Das Ergebnis der Volksabstimmung war – zur Überraschung vieler Beobachter – ein überwältigendes Nein.<sup>4</sup> Die albanischen Wähler hatten die einzige demokratische Verfassung ihrer Geschichte abgelehnt, ein Grundgesetz, das ihnen zum ersten Mal Grundrechte und Freiheiten gewährt hätte, die andere Europäer seit Jahrzehnten für selbstverständlich halten. Trotz der massiven Ablehnung waren sich alle im Lande, die den Verfassungsentwurf gelesen hatten, einig, daß es sich um einen guten Entwurf handelte, der zeitgenössischen, europäischen Normen entsprach. Ausländische Fachleute und internationale Organisationen wurden konsultiert und hatten im voraus ihr *imprimatur* abgegeben.

Es versteht sich von selbst, daß die neue Verfassung einige Kontroversen mit sich brachte. Brisant waren Teile des Entwurfes, die dem Staatspräsidenten eine nicht unbedeutende Kontrolle über das Rechtssystem gaben, sowie der folgende, etwas eigenartige Artikel (7.4): „Die Führer der größeren Glaubensgemeinschaften müssen albanische Staatsbürger sein, die in Albanien geboren wurden und ohne Unterbrechung seit zwanzig Jahren in Albanien gelebt haben.“ Letzterer Artikel gab im benachbarten Griechenland Anlaß zu großer Aufregung, denn das derzeitige Oberhaupt der albanisch-orthodoxen Kirche ist griechischer Staatsbürger.

Normalerweise hätte der Verfassungsentwurf Sache des albanischen Parlaments, des *Kuvendi Popullor*, sein müssen. Da aber die regierende Demokratische Partei nicht über die notwendige Zweidrittel-Mehrheit im Parlament verfügte, zog es Staatspräsi-

<sup>1</sup> Mary Edith Durham, *High Albania* (London: Edward Arnold 1909, Nachdruck London: Virago 1985) 352 S.

<sup>2</sup> Durham, op. cit., S. 235.

<sup>3</sup> Projekti i Kushtetutës së Republikës të Shqipërisë (Tirana 1994) 31 S.

<sup>4</sup> Die amtlichen Ergebnisse sahen folgendermaßen aus: Wahlberechtigte: 1 985 986; Beteiligung: 1 676 833 (84,43 %); Ja: 699 245 (41,7 %); Nein: 903 630 (53,9 %); ungültige Stimmen: 73 958 (4,4 %).